

CDU Ilm - Kreis

Kreisparteitag 18. April 1997

Elxlebener Erklärung zur Wirtschaft und Arbeit

1. Wir sehen mit Sorge, daß der Transformationsprozeß der Wirtschaft im Osten an Schwung verloren hat, die Wachstumsraten sich verringern, die Arbeitslosigkeit steigt. Das Defizit an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen ist beträchtlich.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, die wirtschaftliche Förderung Ostdeutschlands nach 1998 auf mindestens gleichem Niveau fortzusetzen. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Förderprogramme und -verfahren drastisch zu vereinfachen. Die Planungs- und Genehmigungsverfahren, insbesondere im Baubereich, sind zu reduzieren und zu beschleunigen.

2. Die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur ist für den Ilm - Kreis lebensnotwendig. Wir fordern deshalb den zügigen Weiterbau der A 71/73. Der 1. Bauabschnitt Erfurter Kreuz- Traßdorf muß bis zur Autobahnanschlußstelle Ilmenau-Ost (Bücheloh) weitergeführt werden.
3. Wir fordern von der Landesregierung, Investitionshemmnisse im Planungs- und Genehmigungsbereich zu beseitigen. Insbesondere müssen die Regelungen des Thüringer Naturschutzes, die Baumaßnahmen im Landschaftsschutzgebiet Thüringer Wald wegen fehlender Binnenabgrenzung selbst in den Ortskernen behindern, schnell geändert werden.
4. Wir begrüßen die Entwicklung des Ilmkreises im Rahmen des Technologiedreiecks Ilmenau-Erfurt-Jena in Zusammenarbeit von Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Infrastruktur, Landesentwicklungsgesellschaft, Treuhandliegenschaftsgesellschaft, Landkreis und Kommunen.
Wir fordern, das Entwicklungsprojekt durch Aufnahme in die mittelfristige Gemeinschaftsaufgaben - Planung des Freistaates Thüringen zu sichern.
5. Wir setzen uns für die weitere Förderung von Wirtschaft und Tourismus durch den Landkreis ein. Diese Aufgaben gehören zum Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung und sind insbesondere in der gegenwärtigen Situation unverzichtbar. Falls rechtliche Bestimmungen dem entgegenstehen, müssen sie geändert werden.
6. Wir fordern Landesregierung und Bundesregierung auf, insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen verstärkt zu unterstützen. Wir fordern, die Berufsausbildung in den Inhalten und der zeitlichen Gestaltung stärker auf die Erfordernisse der Praxis auszurichten. Im Baugewerbe sind beispielsweise die Wintermonate für berufstheoretischen Unterricht zu nutzen.
7. Wir fordern, die Gewerbesteuer in Thüringen nicht zu erheben. Die Einnahmeausfälle der Kommunen sind angemessen auszugleichen. Das Land könnte z.B. die vom Bund angebotenen Kredite aufnehmen und den Kommunen zur Verfügung stellen.
8. Wir fordern von Landkreis und Landesregierung, die leistungsfähigen, aber relativ kleinen Unternehmen des Ilmkreises durch verbesserte Kapitalbereitstellung, effizientere Verwaltungsdienstleistungen und Erhöhung der Absatzförderung zu unterstützen.